

NETZENTGELTE GAS

# *Hinweise*

---

Für Betreiber von LNG-Anlagen  
zum Verfahren zur Ermittlung  
der Kosten für regulierte Unter-  
nehmen nach § 21 Abs. 2 und 3  
i.V.m. § 22 LNGV



Bundesnetzagentur

**Hinweise**  
**für Betreiber von LNG-Anlagen**  
**zum Verfahren zur Ermittlung**  
**der Kosten für**  
**regulierte Unternehmen**  
**nach § 21 Abs. 2 und 3**  
**i.V.m. § 22 LNGV**

Stand: November 2022

**Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas,  
Telekommunikation, Post und Eisenbahnen**

Beschlusskammer 9

Tulpenfeld 4

53113 Bonn

Tel.: +49 228 14-0

Fax: +49 228 14-8872

E-Mail: [info@bnetza.de](mailto:info@bnetza.de)

## Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis.....	3
1    Einleitung .....	4
2    Voraussetzungen und Fristen für die Entgeltvereinnahmung.....	4
2.1    Fristen für die Antragstellung nach § 23a EnWG und Kostenmeldung nach § 21 Abs. 2 und 3 LNGV .....	4
3    Darlegung der Kosten- und Erlöslage nach Teil 3 und 4 der LNGV.....	4
3.1    Plan-Ist-Kosten-Abgleich .....	5
3.1.1    Ausgestaltung des Plan-Ist-Kosten-Abgleichs gem. § 21 Abs. 1 LNGV .....	5
3.1.2    Plan-Kostenmeldung nach § 21 Abs. 2 LNGV .....	6
3.1.3    Vorzulegenden Plan-Kostenunterlagen gem. § 21 Abs. 2 LNGV.....	6
3.2    Ist-Kostenmeldung .....	6
3.2.1    Vorzulegenden Ist-Kostenunterlagen nach §§ 21 und 22 LNGV .....	6
3.2.2    Hinweise zum Inhalt des Berichtsteils für die Kosten- und Erlöslage .....	7
4    Darlegung der Grundlagen und des Ablaufs der Ermittlung der Entgelte nach § 14 LNGV sowie sonstiger Aspekte, die für die Ermittlung der Entgelte für den Zugang zu LNG-Anlagen relevant sind.....	15
5    Hinweise zur Befüllung des Erhebungsbogens.....	15
6    Vorgaben zur Übermittlung der Daten .....	16
Impressum.....	19

## 1 Einleitung

Betreiber von LNG-Anlagen im Sinne des § 3 Nr. 26 EnWG unterliegen als Gasversorgungsnetz im Sinne des § 3 Nr. 20 EnWG einer kostenorientierten Entgeltbildung im Sinne des § 21 Abs. 2 S. 1 EnWG. Ebenso ist eine Entgeltgenehmigung nach § 23a EnWG erforderlich. Die sich hieraus ergebenden Anforderungen ergeben sich aus der LNGV, die auf Grundlage des § 118a EnWG i.V.m. § 1 der § 118a EnWG-Subdelegationsverordnung (Subdelegationsverordnung) von der Bundesnetzagentur erlassen wurde.

## 2 Voraussetzungen und Fristen für die Entgeltvereinnahmung

### 2.1 Fristen für die Antragsstellung nach § 23a EnWG und Kostenmeldung nach § 21 Abs. 2 und 3 LNGV

Eine Genehmigung für die Vereinnahmung von Entgelten für den Zugang zu LNG-Anlagen ist nach § 23a Abs. 3 EnWG mindestens sechs Monate vor dem Wirksamwerden der Entgelte durch den LNG-Anlagenbetreiber bei der Bundesnetzagentur zu beantragen. Durch die Ausgestaltung des Regulierungsrahmens für LNG-Anlagen mittels der LNGV ist die hierfür zugrundeliegende Kalkulationsperiode nach § 21 Abs. 1 S. 1 LNGV ein Kalenderjahr. Dementsprechend ist der Antrag für die Genehmigung nach § 23a EnWG spätestens zum 30.06. des Vorjahres zu dem Kalenderjahr zu stellen, für welches die Entgelte Anwendung finden sollen. Abweichend hiervon kann nach § 118 Abs. 46b EnWG für die Jahre 2022 und 2023 die Frist zur Antragsstellung für die Entgelte für den Zugang zu LNG-Anlagen auch weniger als sechs Monate sein, sofern die Bundesnetzagentur voraussichtlich weniger Zeit für das Verfahren benötigt und dies dem Betreiber schriftlich oder elektronisch mitteilt.

Für die Kostenmeldung zu den im folgenden Kalenderjahr erwarteten Kosten des Betriebs der LNG-Anlage gilt nach § 22 Abs. 2 S. 1 LNGV der 30.06. als Frist zur Übermittlung an die Bundesnetzagentur. Hiervon kann in den Jahren 2022 und 2023 nach § 21 Abs. 2 S. 5 LNGV abgewichen werden. In diesen Jahren genügt die Übermittlung der Kosten mit der Antragsstellung nach § 23a EnWG. Dementsprechend sind auch hier implizit die Regelungen des § 118 Abs. 46b EnWG anzuwenden. Ab dem Jahr 2024 kann nach § 21 Abs. 2 S. 6 LNGV die Bundesnetzagentur hiervon auch unabhängig von der Frist für den Entgeltantrag abweichen, sofern die Prüfung voraussichtlich weniger als die Frist von sechs Monaten benötigt und dies dem Betreiber schriftlich oder elektronisch mitteilt.

Die Kostenmeldung für die tatsächlich entstandenen anererkennungsfähigen Kosten des vorangegangenen Jahres ist nach § 21 Abs. 3 S. 1 LNGV zum 30.06. des Folgejahres einzureichen.

## 3 Darlegung der Kosten- und Erlöslage nach Teil 3 und 4 der LNGV

Zur Darlegung der Kosten- und Erlöslage ist nach § 22 LNGV ein Bericht nebst Anhang durch den Betreiber der LNG-Anlage anzufertigen. Dieser Bericht ist den im § 21 LNGV definierten Meldungen an die Beschlusskammer beizufügen. Die Ausgestaltung des Berichts ist im Folgenden erläutert. Hieraus ergibt sich implizit auch die vorgesehene Gliederungsstruktur mit den im Folgenden ebenfalls dargestellten Mindestinhalten und ggf. beizufügenden Anlagen bzw. Nachweisen. Ebenso ist dem Bericht in einem separaten Kapitel die Darlegung der Grundlagen und des Ablaufs der Ermittlung der Entgelte nach § 14 LNGV sowie sonstiger Aspekte, die für die Ermittlung der Entgelte für den Zugang zu LNG-Anlagen relevant sind, wie im Kapitel 4 erläutert, mit den notwendigen Anlagen beizufügen. Die Inhalte des Berichts werden in den nächsten Unterkapiteln erläutert.

Bei der erstmaligen Darlegung der Kosten- und Erlöslage kommt eine vereinfachte Vorgehensweise zur Anwendung. Dies beinhaltet einen komprimierten Erhebungsbogen zur Darlegung der Plan-Kostenmeldung nach § 21 Abs. 2 LNGV. Die im Erhebungsbogen dargelegte Gliederungstiefe kann auch bei der Erstellung des Berichts nach § 22 Abs. 1 LNGV als Orientierung für den Antragsteller herangezogen werden. Eine detaillierte Prüfung findet im Rahmen der Prüfung der Ist-Kosten nach § 21 Abs. 3 LNGV statt. Vor diesem Hintergrund sollte grundsätzlich auch die Kalkulation der Kosten und Erlöse in der vereinfachten Vorgehensweise erfolgen. Der EHB wird zu einem späteren Zeitpunkt erweitert und vor der nächsten Frist für die Kostenmeldungen nach § 21 Abs. 2 und 3 LNGV veröffentlicht. Dort werden insbesondere die Ist-Kosten eingefügt und die Gliederungstiefe für die Plan- und Ist-Kosten erweitert.

Für das Jahr 2022 wird von der Beschlusskammer aufgrund der kurzen verbleibenden Antrags- und Meldefrist eine abweichende Vorgehensweise zur Meldung der Plankosten nach § 21 Abs. 2 LNGV i. V. m. dem Bericht nach § 22 LNGV angestrebt. Da im Jahr 2022 lediglich der Monat Dezember für den Betrieb der LNG-Anlage relevant ist, sollte bei der Bestimmung der Entgelte 1/12 der Plankosten nach § 21 Abs. 2 LNGV zugrunde gelegt werden, die für das Jahr 2023 ermittelt wurden. Eine detaillierte Prüfung findet auch hierbei im Rahmen der Genehmigung der Ist-Kosten nach § 21 Abs. 3 LNGV statt. Sollte der LNG-Anlagenbetreiber von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch machen, so gelten die Regeln für die vereinfachte Vorgehensweise bei erstmaliger Antragstellung bzw. Kostenmeldung wie im vorherigen Absatz erläutert. Dementsprechend wären getrennte Erhebungsbögen und Berichte für die Jahre 2022 und 2023 für die Plankosten einzureichen.

### **3.1 Plan-Ist-Kosten-Abgleich**

Die LNGV sieht nach § 21 Abs. 1 einen kalendarjährlichen Abgleich der entstehenden Differenzen zwischen den nach § 21 Abs. 2 LNGV ursprünglich genehmigten erwarteten Kosten für das Betrachtungsjahr (Plankosten) und den nach § 21 Abs. 3 LNGV im selben Kalenderjahr tatsächlich entstandenen Kosten (Ist-Kosten) vor. Die Vorschrift ist so ausgestaltet, dass zwingend zunächst Plankosten zu melden sind und dann erst die tatsächlich entstandenen Kosten an die Kunden weitergegeben werden können. Somit ist ein Ist-Kosten-Ansatz bei der Entgeltbestimmung erst nach Ansatz der Plankosten für die jeweilige Kalkulationsperiode möglich.

#### **3.1.1 Ausgestaltung des Plan-Ist-Kosten-Abgleichs gem. § 21 Abs. 1 LNGV**

Aus den Regelungen des § 21 Abs. 1 LNGV ergibt sich, dass der Betreiber einer LNG-Anlage für eine Kalkulationsperiode die Differenz zwischen den Plan- und Ist-Kosten zu ermitteln hat. Die hieraus entstehende Differenz in Form des durchschnittlich gebundenen Kapitals ist entsprechend dem Zinssatz, der sich aus dem auf die letzten zehn abgeschlossenen Kalenderjahre bezogenen Durchschnitt der von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten Umlaufrendite festverzinslicher Wertpapiere inländischer Emittenten ergibt, verzinst, bei der Kostenermittlung annuitätisch über bis zu fünf Kalenderjahre, die auf die letzte abgeschlossene Kalkulationsperiode folgen, durch Zu- oder Abschläge zu verteilen. Der gewählte Zeitraum darf nicht länger sein als die voraussichtlich verbleibende Betriebsdauer der LNG-Anlage. Der Zeitraum der beabsichtigten Verteilung ist der Bundesnetzagentur vor Beginn der erstmaligen Auflösung anzuzeigen. Die errechneten Differenzbeträge sowie deren beabsichtigte annuitätische Verteilung sind gemäß § 22 Abs. 2 Nr. 4 LNGV als Anlage zu dem Bericht zur Ermittlung der Entgelte der Beschlusskammer mitzuteilen.

### 3.1.2 Plan-Kostenmeldung nach § 21 Abs. 2 LNGV

Die Meldung der zu erwartenden Kosten für das nachfolgende Kalenderjahr nach § 21 Abs. 2 LNGV muss bis zum 30.06. des Jahres, das dem Jahr, für das die zu erwartenden Kosten geltend gemacht werden, vorangeht, bei der Beschlusskammer zur Genehmigung eingereicht werden. Die Beschlusskammer hat unter der Voraussetzung von vollständig vorliegenden Unterlagen sechs Monate Zeit für die Genehmigung, vgl. § 21 Abs. 2 LNGV. Wird die Kalkulationsgrundlage nicht oder nur unvollständig bis zum 30.06. eines Kalenderjahres übermittelt, beginnt die Frist erst mit Eingang der vollständigen Kalkulationsgrundlage.

### 3.1.3 Vorzulegende Plan-Kostenunterlagen gem. § 21 Abs. 2 LNGV

Neben den zu erwartenden Kosten des Betriebs der LNG-Anlage ist die relevante Kalkulationsgrundlage der Kosten an die Beschlusskammer zu übermitteln. Die Kalkulationsgrundlage ist so zu gestalten, dass ein sachkundiger Dritter ohne weitere Informationen die Ermittlung der Kosten und Kostenbestandteile nachvollziehen kann. Insbesondere ist der zu diesem Verfahren veröffentlichte, ausgefüllte Erhebungsbogen unter Beachtung der Hinweise zur Befüllung fristgerecht einzureichen. Die unter den Punkten 3.2.1 "Vorzulegende Ist-Kostenunterlagen" und 5 "Hinweise zur Befüllung des Erhebungsbogens" gemachten Vorgaben gelten für Plankosten, soweit übertragbar, entsprechend. Darüber hinaus sind die Hinweise unter Punkt 3 zur erstmaligen Darlegung der Kosten- und Erlöslage im Hinblick auf eine vereinfachte Vorgehensweise zu beachten. Gleiches gilt für die im Folgenden erläuterten Anforderungen zur Erstellung eines Berichts.

## 3.2 Ist-Kostenmeldung

### 3.2.1 Vorzulegende Ist-Kostenunterlagen nach §§ 21 und 22 LNGV

Die Meldung der tatsächlich entstandenen Kosten nach § 21 Abs. 3 LNGV ist durch den Betreiber der LNG-Anlage für das zurückliegende Jahr zum 30.06. des darauffolgenden Jahres an die Beschlusskammer vorzunehmen. Zur Genehmigung der Kosten nach § 21 Abs. 3 LNGV ist es erforderlich, dass die Beschlusskammer in die Lage versetzt wird, die Ermittlung der Kosten bzw. Kostenbestandteile nachzuvollziehen. Die Beschlusskammer sieht es somit als erforderlich an, dass der Betreiber der LNG-Anlage nach § 22 Abs. 1 S. 2 Nr. 1 LNGV einen Bericht zur Darlegung der Kosten- und Erlöslage der abgeschlossenen Kalkulationsperiode gemäß den nachfolgend beschriebenen Mindestvoraussetzungen anfertigt sowie den zu diesem Verfahren veröffentlichten, vollständig ausgefüllten Erhebungsbogen unter Beachtung der nachfolgenden Hinweise zur Befüllung mit dem Bericht fristgerecht einreicht, vgl. Punkte 3.2.2 und 5. Die Kostenartenrechnung, wie in den Anlagen zu dem Bericht nach § 22 Abs. 2 Nr. 2 LNGV als Betriebsabrechnungsbogen aufgeführt, ist mit der Einreichung der Erhebungsbögen (EHB) nach Auffassung der Beschlusskammer als erfüllt anzusehen. Gleiches gilt für die nach Nr. 3 aufgeführte Dokumentation der Schlüssel. Auch diese sind im EHB darzulegen und nicht separat als Anlage dem Bericht beizufügen. Weitere Hinweise zur Schlüsselung sind im nachfolgenden Punkt erläutert.

#### 3.2.1.1 Dokumentation Schlüsselung nach § 15 Abs. 4 LNGV

Die Dokumentation der Schlüssel erfolgt durch Eintragung der entsprechenden Werte in den EHB. Die in § 15 Abs. 4 LNGV dargelegten Grundsätze sind jeweils zu beachten. Diese Vorgehensweise bildet für die Beschlusskammer die Grundlage zur Prüfung der vom Betreiber der LNG-Anlage durchgeführten Ermittlung der Kosten und Erlöse für die Berechnung der Entgelte.

### **3.2.2 Hinweise zum Inhalt des Berichtsteils für die Kosten- und Erlöslage**

Der Betreiber der LNG-Anlage hat für Verpächter, Subverpächter und Dienstleister in dem Bericht jeweils eigene Kapitel zu erstellen. Sofern ein Verpächter auch als Dienstleister auftritt, sind beide Leistungsbeziehungen entsprechend der Vertragsverhältnisse in separaten Kapiteln abzubilden. Innerhalb der Darstellung des Betreibers der LNG-Anlage selbst kann bei den Aufwendungen für die Überlassung betriebsnotwendiger Anlagegüter und für die Dienstleistungserbringung durch Dritte auf die entsprechenden Kapitel verwiesen werden. In den Kapiteln zu den betroffenen Unternehmen bzw. Unternehmensteilen sind die Berichtspflichten entsprechend der Vorgaben dieses Hinweispapiers zu berücksichtigen wie in der Darstellung des Betreibers der LNG-Anlage selbst, soweit sie auf Verpächter bzw. Dienstleister übertragbar sind. Unter Ziffer 1 sind in dem Bericht übergeordnete Themenbereiche darzustellen und zu erläutern. Die nachfolgend dargestellten Berichtsanforderungen stellen eine Mindestanforderung dar. Ziffer 2 des Berichts dient der Erläuterung der in dem EHB zu befüllenden Tabellenblätter und der darin übermittelten Daten. Zur Vermeidung von Wiederholungen kann an geeigneter Stelle auf andere Fundstellen innerhalb des Berichts verwiesen werden. Auch Verweise auf Fundstellen im Tätigkeitsabschluss sind zulässig, soweit die dortigen Ausführungen den sich aus diesem Hinweispapier ergebenden Anforderungen genügen.

#### **3.2.2.1 Jahresabschlüsse**

Gemäß § 6b Abs. 3 EnWG haben Betreiber von LNG-Anlagen einen Jahresabschluss und Lagebericht nach den für Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Ersten, Dritten und Vierten Unterabschnitts des Zweiten Abschnitts des Dritten Buchs des Handelsgesetzbuchs aufzustellen, prüfen zu lassen und offenzulegen. Die Darstellung der Kostenartenrechnung erfordert zum einen die Darlegung der Gewinn- und Verlustrechnung und der Bilanz der abgelaufenen Kalkulationsperiode und zum anderen die Überführung der externen Rechnungslegung des Betreibers der LNG-Anlage in die kalkulatorische Kostenrechnung. Vom Betreiber der LNG-Anlage beizubringen sind daher der Jahresabschluss nach § 6b Abs. 3 EnWG der abgelaufenen Kalkulationsperiode in testierter Form nebst allen Anhängen, die für Betreiber von LNG-Anlagen zu erstellende Gewinn- und Verlustrechnung und Bilanz nebst allen Anlagen und der vollständige Prüfbericht des Wirtschaftsprüfers gemäß § 6b Abs. 7 EnWG nebst allen Ergänzungsbänden.

#### **3.2.2.2 Inhalt des Berichtsteils für die Kosten- und Erlöslage im Einzelnen**

Im Folgenden wird verbindlich der Mindestinhalt der jeweiligen Gliederungsabschnitte des Berichtsteils für die Kosten- und Erlöslage nach § 22 LNGV vorgegeben, soweit diese nicht selbsterklärend sind.

#### **Darlegung der Kosten- und Erlöslage**

§ 22 Abs. 1 Nr. 1 LNGV fordert von den Betreibern von LNG-Anlagen zunächst eine Darlegung der Kosten- und Erlöslage der abgeschlossenen Kalkulationsperiode. Dazu ermittelt der Betreiber der LNG-Anlage jährlich zum 30.06. nach den §§ 14 bis 20 LNGV die im vorangegangenen Kalenderjahr tatsächlich entstandenen anerkennungsfähigen Kosten.

- Wartungs- und Instandhaltungsmaßnahmen

Wurden Wartungs- und Instandhaltungsmaßnahmen durchgeführt, sind für die 20 wertmäßig größten Maßnahmen unter Nennung der jeweiligen Kostenarten im schriftlichen Teil des Berichts nach § 22 LNGV folgende Angaben zu machen, die eine eindeutige Identifizierung der jeweiligen Maßnahme ermöglichen:



Eindeutige Bezeichnung und Art der Wartungs- und Instandhaltungsleistung.

Aufwand der jeweiligen Wartungs- und Instandhaltungsleistung in Euro.

Wartungs- und Instandhaltungsleistungen, die von Dritten durchgeführt wurden, sind zu benennen.

Zusätzlich ist anzugeben, ob es sich bei dem Vertragspartner um ein verbundenes Unternehmen handelt.

- **Wesentliche Geschäftsvorfälle**

Es ist zu erläutern, welche Geschäftsvorfälle den Tätigkeitsabschluss „LNG-Anlage“ in der Kalkulationsperiode jeweils maßgeblich beeinflusst haben. Hierbei ist auch auf die Auswirkungen auf einzelne Bilanzposten und Kostenarten einzugehen. Hierzu zählen insbesondere die Durchführung von CTA-Modellen, Treuhandabreden, Vereinbarungen zum Cash-Pooling sowie Ergebnisabführungsverträge. Diesbezüglich sind die abgeschlossenen Verträge oder Vereinbarungen vorzulegen.

Sofern Leistungen verbundener oder nicht-verbundener Dienstleister bezogen wurden, sind in dem Bericht nach § 22 LNGV Änderungen der Vertragsverhältnisse im Vergleich zur vorherigen Kalkulationsperiode zu erläutern. Insbesondere ist dabei darauf einzugehen, inwiefern hiervon die Vergleichbarkeit der Kosten- und Erlöslage in diesem Zeitraum betroffen ist.

- **Schuldbeitritte und Schuldübernahmen**

Sofern in dem Geschäftsjahr Vereinbarungen zu Schuldbeitritten oder Schuldübernahmen vereinbart wurden, sind diese zu erläutern. Hierbei ist auf die Auswirkungen auf die einzelnen Bilanzpositionen und Positionen in der Gewinn- und Verlustrechnung, im Vergleich zu einer Situation, in welcher eine solche Vereinbarung nicht geschlossen wurde, einzugehen. Die jeweiligen Vertragspartner sowie deren Verhältnis zum bilanzierenden Unternehmen sind zu nennen. Diesbezüglich sind die abgeschlossenen Verträge oder Vereinbarungen vorzulegen.

### **Darlegung der Kalkulation des Pachtzinses aufgrund der Überlastung betriebsnotwendiger Anlagegüter**

Nach § 15 Abs. 5 S. 1 LNGV können Kosten oder Kostenbestandteile, die aufgrund einer Überlassung betriebsnotwendiger Anlagegüter anfallen, nur in der Höhe als Kosten angesetzt werden, wie sie anfielen, wenn der Betreiber der Eigentümer der Anlagen wäre.

Die Betreiber von LNG-Anlagen sind nach § 15 Abs. 5 S. 2 LNGV verpflichtet, neben dem EHB für den LNG-Anlagenbetreiber jeweils gesonderte EHB für überlassene Infrastruktur vorzulegen, aus denen sich die Kosten für die überlassene Infrastruktur ergeben, soweit sie in das Entgelt für die Überlassung betriebsnotwendiger Anlagegüter eingehen.

Die EHB für Verpächter bzw. Subverpächter sind mit einer fortlaufenden Verpächter- bzw. Subverpächternummer zu versehen. Die EHB sind ebenfalls ausschließlich elektronisch über das Energiedaten-Portal zu übermitteln. Entsprechend der Vorgaben dieses Hinweispapiers ist ein Kapitel für jedes Pachtverhältnis in den Bericht nach § 22 LNGV aufzunehmen. Ferner sind abgeschlossene Pachtverträge dem Bericht nach § 22 LNGV beizufügen. Ferner beizubringen sind der Jahresabschluss des Verpächters nach § 6b Abs. 3 EnWG des Geschäftsjahres der zurückliegenden Kalkulationsperiode in testierter Form nebst allen Anhängen, die nach § 6b Abs. 3 EnWG für die LNG-Anlage zu erstellende Gewinn- und Verlustrechnung und Bilanz nebst allen Anlagen und der vollständige Prüfbericht des Wirtschaftsprüfers nebst allen Ergänzungsbänden.

Gleiches gilt für Subpachtverhältnisse (Pachtverhältnis eines Verpächters oder Subverpächters).

## **Darlegung der Kalkulation der Kosten aufgrund der Dienstleistungserbringung durch Dritte**

### **Verbundene Dienstleister**

Nach § 15 Abs. 6 S. 2 LNGV darf der Betreiber der LNG-Anlage die aus der Erbringung der Dienstleistung durch ein verbundenes Unternehmen entstehenden Kosten oder Kostenbestandteile maximal in der Höhe ansetzen, wie sie bei dem die Dienstleistung erbringenden Unternehmen unter Anwendung der Grundsätze der Entgeltbestimmung im Sinne der LNGV tatsächlich angefallen sind.

- Erhebungsbogen und Jahresabschluss

Der Betreiber der LNG-Anlage hat neben dem EHB für die LNG-Anlage jeweils gesonderte EHB für die zehn wertmäßig größten Dienstleistungsverträge mit verbundenen Unternehmen i.S.d. § 6b Abs. 2 S. 1 EnWG vorzulegen, aus denen sich die Kosten für Dienstleistungen ergeben. Dienstleistungsverträge, die mit demselben verbundenen Unternehmen bestehen, sind in einem EHB zusammenzufassen.

Die EHB sind ebenfalls ausschließlich elektronisch über das Energiedaten-Portal zu übermitteln. Entsprechend der Vorgaben unter Ziffer 1.3 des Berichts nach § 22 LNGV sind sämtliche Kostenarten des Dienstleistungserbringers zu erläutern. Ferner sind abgeschlossene Dienstleistungsverträge einschließlich etwaiger Leistungsverzeichnisse beizufügen.

Die EHB für Dienstleistungserbringer sind mit einer fortlaufenden Dienstleistungsnummer zu versehen. Für die einzelnen Dienstleistungen ist im Tabellenblatt „A\_Stammdaten“ jeweils anzugeben, von welchen Dritten sie erbracht wurden, welche Kosten sie verursacht haben und in welcher Kostenposition sie beim Betreiber der LNG-Anlage verbucht wurden. Ferner ist im Bericht nach § 22 LNGV die Angemessenheit der in Ansatz gebrachten Preise darzulegen. Ein starkes Indiz für die Angemessenheit der in Ansatz gebrachten Preise in dem Sinne, als dass diese eine marktgerechte, unter Wettbewerbsbedingungen zustande gekommenen Vergütung nicht überschreiten, ist eine dem Vertragsschluss vorangegangene Ausschreibung. Entsprechend der Vorgaben dieses Hinweispapiers ist ein Kapitel für jedes betroffene Dienstleistungsverhältnis entsprechend der Vorgaben in den Bericht nach § 22 LNGV aufzunehmen. Ferner sind abgeschlossene Dienstleistungsverträge einschließlich aller Anlagen – insbesondere Leistungsverzeichnissen – dem Bericht nach § 22 LNGV beizufügen.

- Ferner beizubringen sind der Jahresabschluss nach § 6b Abs. 3 EnWG des in der vorangegangenen Kalkulationsperiode abgeschlossenen Geschäftsjahres in testierter Form nebst allen Anhängen, die nach § 6b Abs. 3 EnWG für die Tätigkeit "Betrieb von LNG-Anlagen" zu erstellende Gewinn- und Verlustrechnung und Bilanz nebst allen Anlagen und der vollständige Prüfbericht des Wirtschaftsprüfers nebst allen Ergänzungsbänden.

### **Nicht-verbundene Dienstleister**

Im Bericht nach § 22 LNGV ausführlich zu erläutern, ist die Bewertung der von nicht-verbundenen Dritten erbrachten Dienstleistungen, soweit die für den jeweiligen Dienstleister kumuliert in Ansatz gebrachten Dienstleistungsentgelte wenigstens 10.000 € betragen. Bei einem Betreiber einer LNG-Anlage mit einer sehr großen Anzahl an entsprechenden Dienstleistern sind lediglich die 20 wertmäßig größten Dienstleister zu nennen und zu erläutern. Es ist anzugeben, welche Dienstleistungen erbracht wurden

und von welchen Dritten, welchen Aufwand die einzelnen Dienstleistungen verursacht haben und in welcher Kostenposition die Dienstleistungen verbucht wurden. Ferner sind abgeschlossene Dienstleistungsverträge einschließlich aller Anlagen – insbesondere Leistungsverzeichnissen – beizufügen. Ein gesonderter EHB ist in diesen Fällen nicht vorzulegen. Es ist die Angemessenheit der in Ansatz gebrachten Preise darzulegen. Ein starkes Indiz für die Angemessenheit der in Ansatz gebrachten Preise ist eine dem Vertragsschluss vorangegangene Ausschreibung.

### **Sonstige Erläuterungen**

Diese Ziffer des Berichts nach § 22 LNGV lässt Raum für sonstige Aspekte, die aus Sicht des Betreibers der LNG-Anlage für die Grundlagen und den Ablauf der Ermittlung der Kosten für den Betrieb der LNG-Anlage von Relevanz sind.

### **Grundlagen und Ablauf der Kostenartenrechnung nach §§ 15 ff. LNGV**

Die Ziffern 2.1 ff. des Berichts nach § 22 LNGV dienen der Erläuterung der in dem EHB zu befüllenden Tabellenblätter und der darin übermittelten Daten.

### **Erläuterungen zu den Bilanzen**

Die im Tabellenblatt "B\_Bilanz" des EHB abgefragten Informationen und die nachfolgenden Anforderungen an die Berichtspflichten sind notwendig, um die kalkulatorischen Kapitalkosten im Rahmen der Ermittlung der Kosten für den Betrieb der LNG-Anlage korrekt zu bestimmen.

#### **a) Grundlagen der Darstellung**

Eine tabellarische Aufstellung der Bilanzposten des Betreibers der LNG-Anlage ergibt sich unmittelbar aus dem Tabellenblatt „B\_Bilanz“. Sämtliche Bilanzpositionen, wie sie im Tabellenblatt „B\_Bilanz“ des EHB ausgewiesen sind, sind - mit Ausnahme des Sachanlagevermögens - detailliert zu erläutern. Hierzu ist die Gliederung des Tabellenblatts „B\_Bilanz“ des EHB ohne Veränderung zu übernehmen. Das Jahr der abgelaufenen Kalkulationsperiode ist darzustellen. Sofern ausgehend von den im Tätigkeitsabschluss „Betrieb von LNG-Anlagen“ ausgewiesenen Bilanzpositionen Hinzurechnungen oder Kürzungen zur Darstellung der aus Sicht des Betreibers der LNG-Anlage zu berücksichtigenden Wertansätze vorgenommen wurden, sind diese zu erläutern. Zur Vermeidung von Wiederholungen kann an geeigneter Stelle auf andere Fundstellen innerhalb des Berichts nach § 22 LNGV verwiesen werden.

Die Detailtiefe der Erläuterungen muss mit der Bedeutung der Bilanzposition für die Kosten korrespondieren. Insbesondere größere Sammelpositionen sind ergänzend zu untergliedern.

#### **b) Änderung der Bilanzierungs- und Bewertungsansätze**

Sofern es in der abgelaufenen Kalkulationsperiode zu einer maßgeblichen Veränderung von Bilanzierungs- und/oder Bewertungsansätzen gekommen ist, ist hierüber zu berichten. Sofern die Saldierung von Forderungen und Verbindlichkeiten im Rahmen der Aufstellung der Bilanz durchgeführt wurde, ist die durchgeführte Saldierung genauer zu beschreiben. Hierbei ist insbesondere auf die Art und Höhe der saldierten Forderungen bzw. Verbindlichkeiten einzugehen sowie die Gläubiger bzw. Schuldner zu benennen.

### c) Besondere Bilanzpositionen

Sofern sich bei der Aufstellung des Tätigkeitsabschlusses „Betrieb von LNG-Anlagen“ ein Kapitalverrechnungsposten ergeben hat, ist dieser unter Angabe der jeweiligen Bilanzposition zu nennen und zu erläutern.

Sofern ein bilanzieller Posten entstanden ist, der nicht von den Positionen des EHB erfasst wird, ist hierauf gesondert im Bericht nach § 22 LNGV einzugehen.

Sofern Bilanzpositionen negative Beträge ausweisen oder negative Beträge in eine Bilanzposition einfließen, sind diese Sachverhalte gesondert im Bericht nach § 22 LNGV zu schildern.

Sofern ein Ergebnisabführungsvertrag besteht, ist hierauf gesondert im Bericht nach § 22 LNGV einzugehen. Der Vertrag ist dem Bericht nach § 22 LNGV beizufügen.

Die in der Position der sonstigen Vermögensgegenstände in Ansatz gebrachten Vermögensgegenstände sind gesondert im Bericht nach § 22 LNGV zu erläutern. Die Einzelpositionen sind sowohl im Erhebungsbogen als auch im Bericht sinnvoll zu aggregieren.

#### **Erläuterungen zu Rückstellungen**

Rückstellungen sind gemäß § 18 Abs. 2 Nr. 1 LNGV Bestandteil des Abzugskapitals und haben bei ihrer Bildung und in der Regel auch bei ihrer Auflösung erfolgsseitige Auswirkungen. Im Rahmen der Kostenprüfung ergibt sich daraus die Notwendigkeit, diesbezügliche Erläuterungen im Bericht nach § 22 LNGV gemäß den folgenden Vorgaben aufzunehmen:

Sollten Hinzurechnungen und Kürzungen bei den Rückstellungen in Abweichung von der Bilanz des Tätigkeitsabschlusses vorgenommen worden sein, so sind diese im Bericht nach § 22 LNGV zu erläutern.

#### **Erläuterungen zu Darlehen**

Die nachfolgenden Anforderungen an die Berichtspflichten sind notwendig, um die Prüfung der Zuordnung des Fremdkapitals und der damit verbundenen Kosten zur Tätigkeit „Betrieb von LNG-Anlagen“ durchzuführen. Zur Beurteilung der Sachgerechtigkeit der Zuordnung des Fremdkapitals ist es notwendig, die zugrundeliegenden Darlehensverträge oder entsprechende Nachweise dem Bericht nach § 22 LNGV beizufügen.

#### **Erläuterungen zu den Gewinn- und Verlustrechnungen**

Die im EHB abgefragten Informationen des Tabellenblatts „C\_GuV“ sowie die nachfolgenden Anforderungen an die Berichtspflichten sind notwendig, um eine sachgerechte Ermittlung der Kosten des Betriebs der LNG-Anlage insbesondere bezüglich der Betriebsnotwendigkeit vorzunehmen.

### a) Grundlagen der Darstellung

Eine tabellarische Aufstellung der kalkulatorischen Kosten des Betreibers der LNG-Anlage ergibt sich unmittelbar aus Tabellenblatt „C\_GuV“. Sämtliche Kostenarten sowie die kostenmindernden Erlöse und Erträge, wie sie in Tabellenblatt „C\_GuV“ des EHB ausgewiesen sind, sind detailliert zu erläutern. Hierzu ist die Gliederung des Tabellenblatts „C\_GuV“ des EHB ohne Veränderung zu übernehmen. Sofern ausgehend von den im Tätigkeitsabschluss „Betrieb von LNG-Anlagen“ ausgewiesenen Aufwand je Kostenart

Hinzurechnungen oder Kürzungen zur Darstellung der aus Sicht des Betreibers der LNG-Anlage zu berücksichtigenden Kosten vorgenommen wurden, sind diese je Kostenart zu erläutern. Zur Vermeidung von Wiederholungen kann an geeigneter Stelle auf andere Fundstellen innerhalb des Berichts nach § 22 LNGV verwiesen werden.

Die Detailtiefe der Erläuterungen muss mit der Bedeutung der Kostenpositionen korrespondieren. Insbesondere größere Sammelpositionen sind ergänzend zu untergliedern. Kostenarten, deren Kosten einen Betrag von fünf Prozent der Gesamtkosten der Kalkulationsperiode ausmachen, sind zudem gesondert im Bericht nach § 22 LNGV aufzuführen, einzeln zu erläutern und nachzuweisen. Erläuterungsbedürftig sind hier die Kostenarten der jeweils untersten Gliederungsebene.

b) Änderung der Bilanzierungs- und Bewertungsansätze

Sofern es in der Kalkulationsperiode zu einer maßgeblichen Veränderung von Bilanzierungs- und/oder Bewertungsansätzen mit Wirkung auf einzelne Kostenarten gekommen ist, ist hierüber zu berichten.

c) Größte Kostenpositionen

Zusätzlich sind die fünf wertmäßig größten aufwandsgleichen Kostenarten gesondert im Bericht nach § 22 LNGV aufzuführen und im Einzelnen zu erläutern, sofern diese nicht ohnehin schon durch die vorstehende Regelung erfasst sind. Erläuterungsbedürftig sind auch hier die Kostenpositionen der jeweils untersten Gliederungsebene.

d) Wesentliche Geschäftsvorfälle

Es ist auf wesentliche Geschäftsvorfälle einzugehen, die die Höhe der geltend gemachten Kosten beeinflusst haben. Erläuterungsbedürftig sind auch hier die Kostenpositionen der jeweils untersten Gliederungsebene.

f) Sonstige Erlöse

Unter der Position „sonstige Erlöse“ (1.5) hat der Betreiber der LNG-Anlage nachrichtlich alle in der Position enthaltenen Erlöse auszuweisen, die er aus Dienstleistungsverhältnissen erzielt hat. Die diesen Erlösen zugrundeliegenden Dienstleistungsverhältnisse sind tabellarisch unter Bezifferung des jeweiligen Erlöses und Nennung des Dienstleistungsempfängers darzustellen.

g) Anlagenabgänge

Im Falle des Ausscheidens von Anlagegütern – sei es z.B. durch Verkauf oder Verschrottung. – ist anzugeben, um welche Anlagegüter es sich dabei handelt. Im Falle des Verkaufs von Anlagegütern sind tabellarisch Verkaufspreis, handelsrechtlicher Restbuchwert sowie kalkulatorischer Restbuchwert anlagenkategorien- und jahresscharf auszuweisen. Wurden kosten- und/oder ertragsseitig Buchgewinne und/oder Buchverluste in Ansatz gebracht, ist im schriftlichen Teil des Berichts nach § 22 LNGV anzugeben, unter welcher Kosten- bzw. Ertragsposition und in welcher Höhe diese verbucht wurden. Zudem ist die Ermittlung der Buchgewinne bzw. der Buchverluste darzustellen.

#### h) Wertberichtigungen

Die unter den Positionen „Einzelwertberichtigungen“ (8.10), „Pauschalwertberichtigungen“ (8.11) und „Abschreibungen auf Forderungen“ (8.12.) erfassten Beträge sind im schriftlichen Teil des Berichts nach § 22 LNGV detailliert zu erläutern. Die sachgerechte Zuordnung zum Betrieb der LNG-Anlage ist darzulegen.

#### **Erläuterungen zum kalkulatorisch relevanten Sachanlagevermögen**

Besondere Bedeutung im Rahmen der Kostenartenrechnung kommt den Daten zur jahresgenauen Ermittlung der kalkulatorischen Abschreibungen des Sachanlagevermögens in Tabellenblatt „D\_SAV“ des EHB zu. Das Tabellenblatt dient zur Erfassung des kalkulatorischen Sachanlagevermögens.

#### a) Veränderungen des Anlagenbestands

Sind Anlagen durch Kauf, Einbringungen, Fusion oder vergleichbare Vorgänge in der Vergangenheit zu- oder abgegangen, ist dies im Bericht nach § 22 LNGV aufzuführen. Es ist anzugeben, ob die ursprünglichen historischen Anschaffungs- oder Herstellungskosten bzw. die jeweiligen kalkulatorischen Restbuchwerte mit geänderten Restnutzungsdauern fortgeführt wurden. In Zusammenhang mit der erstmaligen Aufnahme der Tätigkeit der LNG-Anlage ist auf die Herkunft und Zusammensetzung des relevanten Sachanlagevermögens einzugehen.

#### c) Grundstücke

Soweit in abschreibungsfähigen Positionen (wie z. B. Bauten) Grundstücksanteile in Anlagegütern enthalten sind, die im Tabellenblatt „D\_SAV“ erfasst sind, müssen diese Positionen um die Grundstücksanteile gekürzt werden. Die Kürzungen sind zu erläutern; die Methode zur Ermittlung des Grundstücksanteils ist darzustellen.

#### d) Hinzurechnungen und Kürzungen

Die Wertansätze sind in den Spalten „weitere Hinzurechnungen“ und „weitere Kürzungen“ zu erläutern. Dabei ist sinnvoll zu aggregieren.

#### e) Nutzungsdauer

Die gewählte Nutzungsdauer ist zu begründen. Soweit sich ein Wechsel ergibt, ist dieser anzuzeigen, zu begründen und die neue Nutzungsdauer samt den Angaben gemäß § 17 Abs. 5 S. 2 f. LNGV mitzuteilen

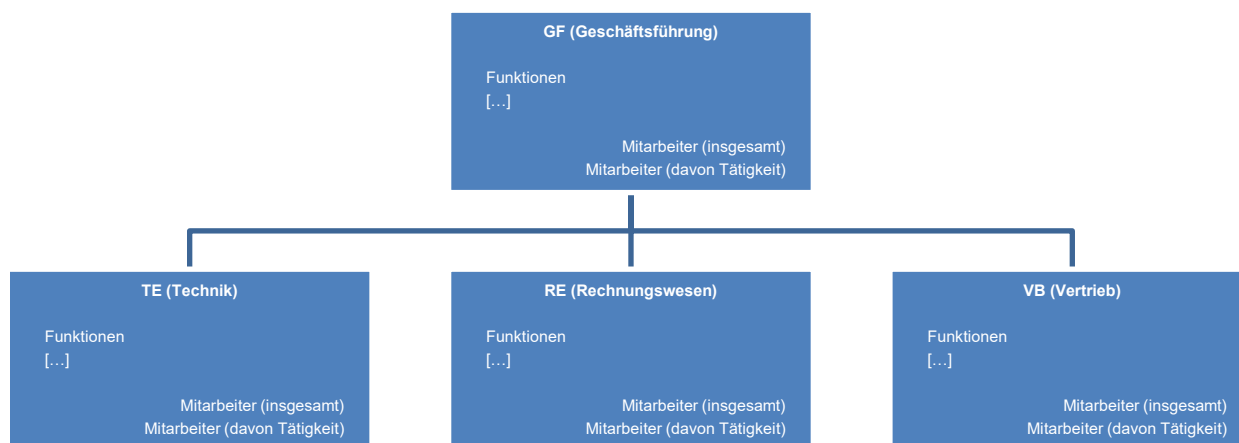
#### **Erläuterungen zu den Zuschüssen**

Erhaltene Zuschüsse sind mit dem Mittelwert aus Jahresanfangs- und Jahresendbestand gemäß § 18 Abs. 2 Nr. 5 LNGV anzusetzen. Die Zuschüsse sind entsprechend der Vorgehensweise bei der handelsrechtlichen Betrachtung im Tätigkeitsabschluss aufzulösen und kostenmindernd anzusetzen. Die Art der Zuschüsse sowie die gewählte Vorgehensweise sind im Bericht nach § 22 LNGV zu erläutern.

Etwaige auf Zuschüsse bezogene Treuhandabreden sind im Bericht nach § 22 LNGV darzustellen und zu erläutern. Insbesondere muss die handelsbilanzielle Darstellung beim Beitreiber der LNG-Anlage und Verpächter dargelegt werden.

## Organigramm

Unter dieser Ziffer des Berichts nach § 22 LNGV haben die Betreiber von LNG-Anlagen ein aktuelles Organigramm des Unternehmens nach dem folgenden Beispiel beizufügen und zu erläutern. Dies dient dazu, die Prüfung der Kostenzuordnung zur Sparte Betrieb der LNG-Anlage zu unterstützen. Die Betreiber der LNG-Anlagen haben ein Organigramm des gesamten Unternehmens beizubringen. In dem Organigramm sind die Organisationseinheiten mit einer eindeutigen und die Aufgabe beschreibenden Bezeichnung zu versehen. Für jede Organisationseinheit ist die Anzahl der Mitarbeiter anzugeben. Mitarbeiter, die für mehrere Organisationseinheiten tätig sind, sind auszuweisen.



Der Betreiber der LNG-Anlage hat die Namen der rechtlichen Vertreter bzw. Organe (Geschäftsführer/ Vorstand), inklusive der Geschäftsverteilungszuständigkeit bei Mehrpersonenorganen zu nennen.

Es muss erkennbar sein, wo die verschiedenen Tätigkeiten des Unternehmens wahrgenommen werden (z. B. Regulierungsmanagement, Stelle zur Überwachung des Gleichbehandlungsprogramms, Abrechnung Vertrieb, Abrechnung Netz, Recht, IT-Service, Erzeugung, Vertrieb an Letztverbraucher, Großhandel, operative Systemsteuerung, Netzentwicklungsplanung, Instandhaltung und Entstörung, Abrechnung/Rechnungswesen, Zählermanagement, Netzentgelte usw.). Ferner ist für jeden Tätigkeitsbereich die jeweilige Mitarbeiterzahl anzugeben.

## Tätigkeitsbeschreibung der Organisationseinheiten

Unter dieser Ziffer des Berichts nach § 22 LNGV ist eine exakte Tätigkeitsbeschreibung der einzelnen Organisationseinheiten zu liefern. Dazu zählt auch die Angabe der Mitarbeiterzahl pro Organisationseinheit. Die Tätigkeitsbeschreibung hat alle Organisationseinheiten zu umfassen, die Tätigkeiten des Elektrizitäts-, Gas- oder Wasserstoffnetzbetriebs wahrnehmen. Organisationseinheiten des Unternehmens, welche ausschließlich Tätigkeiten außerhalb des Elektrizitäts-, Gas-, Wasserstoffnetz- oder LNG-Anlagenbetriebs ausüben, müssen nicht in die Tätigkeitsbeschreibung einbezogen zu werden.

## **4 Darlegung der Grundlagen und des Ablaufs der Ermittlung der Entgelte nach § 14 LNGV sowie sonstiger Aspekte, die für die Ermittlung der Entgelte für den Zugang zu LNG-Anlagen relevant sind**

Dem Bericht nach § 22 Abs. 1 LNGV ist eine Dokumentation der relevanten Absatzstruktur des Betriebs der LNG-Anlage nach § 22 Abs. 2 Nr. 1 LNGV als separates Kapitel im Bericht beizufügen. Hierin ist durch den Betreiber der LNG-Anlage nachvollziehbar darzustellen, wie die Entgeltkomponenten ermittelt worden sind.

## **5 Hinweise zur Befüllung des Erhebungsbogens**

Die ausschließlich elektronisch zu übermittelnden Erhebungsbögen sind Teil des Berichts nach § 22 LNGV. Es erfolgt eine Abfrage der Daten im EHB für Betreiber von LNG-Anlagen nach § 22 LNGV für die auf das Antragsjahr folgende Kalkulationsperiode. Die Erhebungsbögen sind je gesondert für den Betreiber der LNG-Anlage, Dienstleister und Verpächter bzw. Subverpächter einzureichen. Sofern ein Verpächter auch als Dienstleister auftritt, sind beide Leistungsbeziehungen entsprechend der Vertragsverhältnisse in separaten EHB abzubilden. Die folgenden Hinweise für einzelne Tabellenblätter bitten wir zu beachten:

### **Tabellenblatt A\_Stammdaten**

In dem Tabellenblatt A\_Stammdaten sind in Abhängigkeit von der Angabe des Wertes in der Zelle „Erhebungsbogen für“ (Zelle B14) die Eintragungsmöglichkeiten mittels bedingter Formatierung angepasst. Unter „I.“ und ggf. unter „II.“ sind grundlegende Angaben zum Unternehmen zu machen. Der Eigentumsanteil unter „II.“ beträgt 100 %, sofern die LNG-Anlage nicht anteilig genutzt wird. Unter „III.“ ist anzugeben, welche Verpachtungen und Dienstleistungen erbracht wurden und von welchen Dritten, welche Kosten die einzelnen Dienstleistungen verursacht haben und in welcher Kostenposition die Dienstleistungen beim Betreiber der LNG-Anlage verbucht wurden. Es sind alle Verpachtungs- und Dienstleistungsverhältnisse, also für verbundene und nicht-verbundene Unternehmen, aufzuführen und jeweils einzeln zu befüllen.

Unter „IV.“ ist vom Betreiber der LNG-Anlage eine eindeutige Netz-ID zu vergeben. Sollten im Rahmen vorangegangener Prüfungen bereits Netz-IDs verwendet worden sein, so sind diese fortzuführen.

Im Tabellenblatt B\_Bilanz sind die für das Planjahr zur Bestimmung der kalkulatorischen Eigenkapitalverzinsung angenommenen Bilanzwerte anzugeben.

In den Tabellenblatt C\_GuV sind die Plankosten je Aufwands- bzw. Kostenart anzugeben.

### **Tabellenblatt „D\_SAV“**

Im Tabellenblatt "D\_SAV" sind die für die Bestimmung der kalkulatorischen Verzinsungsbasis und der kalkulatorischen Abschreibungen relevanten Angaben zum Anlagevermögen des Betreibers der LNG-Anlage bzw. des Verpächters einzutragen. Um insbesondere den Vorgaben des § 17 Abs. 5 S. 3 LNGV zu entsprechen, ist es notwendig, eine eindeutige Identifizierung der einzelnen Investitionsprojekte und deren zugeordneten Vermögensgegenständen sicherzustellen. Dazu sind in Spalte B die jeweiligen NetzIds, welche auf dem Tabellenblatt "A\_Stammdaten" anzugeben sind, auszuwählen. Außerdem ist in Spalte C das erstmalige, historische Anschaffungsjahr anzugeben. In Spalte D kann der Betreiber der LNG-Anlage einen Suffix für die



AnlagenId frei vergeben, damit die Eindeutigkeit der in Spalte A dargestellten AnlagenId sichergestellt wird. Dieser Suffix kann bis zu 121 Zeichen lang sein. Nicht eindeutige AnlagenIds werden rot markiert.

In Spalte E kann eine Anlagenkategorie ausgewählt werden. Die Anlagenkategorien dienen der Strukturierung der Angaben zum Sachanlagevermögen und zur gewählten Nutzungsdauer. Die Nutzungsdauern sind im Tabellenblatt "D1\_ND" mit Bezug zu den Anlagenkategorien anzugeben. Aus der ausgewählten Anlagenkategorie ergibt sich im Tabellenblatt "D\_SAV" dann die Nutzungsdauer (Spalte F), aus der sich wiederum die Restnutzungsdauer für das Anlagegut berechnet.

In den Spalten G bis J erfolgt die Überleitung des Sachanlagevermögens ausgehend von der letzten Prüfung, sofern bereits eine Prüfung durchgeführt wurde. In Spalte G sind deshalb die Restwerte ausgehend von den Endbeständen der letztjährigen Prüfung anzugeben. Die Darstellung von Planinvestitionen für die beiden Jahre nach dem Istjahr sowie Nachaktivierungen auf bestehende Vermögensgegenstände erfolgt in Spalte H. In den Spalten I und J können weitere Hinzurechnungen und Kürzungen, wie bspw. Anlagenauf- und -abgaben, Umbuchungen etc., erfolgen. Diese sind im Bericht zu erläutern.

Schlüsseländerungen sind nicht in diesen Spalten darzustellen. Um die Darstellung von Schlüsseländerungen zu vereinfachen, sind ausgehend von den relevanten Ansätzen des Gesamtunternehmens (ungeschlüsselte Werte) auf die Ansätze für die Tätigkeit Betrieb von LNG-Anlagen mittels Angabe des Schlüssels (Spalte O für das Frontjahr) überzuleiten.

#### Tabellenblatt D1\_ND

Die Angaben zu den Nutzungsdauern sind im Tabellenblatt "D1\_ND" entsprechend den Regelungen im § 17 Abs. 5 LNGV vorzunehmen. Die Angabe der Anlagenkategorie dient der Zuordnung der Nutzungsdauer zu den Vermögensgegenständen, die im Tabellenblatt "D\_SAV" eingetragen wurden. Die einmal gewählte Nutzungsdauer ist grundsätzlich beizubehalten. Für nicht abnutzbare Vermögensgegenstände wie Grundstücke oder Anlagen im Bau ist bei der Nutzungsdauer "keine" einzutragen, um die korrekte Berechnung im Tabellenblatt "D\_SAV" zu ermöglichen.

## 6 Vorgaben zur Übermittlung der Daten

Der Bericht, Unterlagen und der Erhebungsbogen sind ausschließlich elektronisch wie folgt bei der Beschlusskammer einzureichen:

- Für die Übermittlung sämtlicher Unterlagen haben die Betreiber von LNG-Anlagen das über die Internet-Seite <https://www.bundesnetzagentur.de> erreichbare Energiedaten-Portal der Bundesnetzagentur zu nutzen. (Das Energie-Datenportal der Bundesnetzagentur ist direkt zugänglich unter der Adresse: <https://app.bundesnetzagentur.de/Energie/> die Verfahrensbezeichnung lautet „BK9\_ Entgeltverfahren LNG-Anlagen“.)
- Der zum Antrag gehörende Erhebungsbogen ist ebenfalls unter Nutzung der aktuellen Version der von der Bundesnetzagentur zum Download bereitgestellten XLSX-Datei vollständig und inhaltlich richtig ausgefüllt über das Energiedatenportal unter der o.g. Verfahrensbezeichnung zu übermitteln. Beim Ausfüllen der XLSX Datei darf keine Veränderung an der Struktur des Erhebungsbogens vorgenommen werden; insbesondere dürfen keine weiteren Tabellenblätter eingefügt werden. Es ist die jeweils aktuelle Version des Erhebungsbogens zu verwenden. Diese sind auf der Internetseite der Bundesnetzagentur

(<https://www.bundesnetzagentur.de>) für den Gasbereich unter Menüpunkten „Beschlusskammern“ > „Beschlusskammer 9“ > „Hinweise und Leitfäden“ abrufbar. Weitere Hinweise zur Befüllung des Erhebungsbogens finden sich unter Punkt 5.

- Sämtliche Dokumente müssen vor der Übertragung im Energiedaten-Portal mit dem im Internet bereitgestellten Verschlüsselungsprogramm verschlüsselt werden. Das Verschlüsselungsprogramm ist abrufbar auf der Internetseite der Bundesnetzagentur unter der Adresse:  
<https://www.bundesnetzagentur.de/> Menüpunkte: „Fachthemen“ > „Elektrizität und Gas“ > „Monitoringberichte“ > „Datenübermittlungsplattform MonEDa“ > „Verschlüsselungstool eCrypt“.)
- Es ist sicherzustellen, dass eine Übersendung von PDF-Dateien in einer dauerhaft lesbaren PDF/A-Version erfolgt. Insbesondere ist eine Übersendung von PDF-Dateien in der Version PDF/A-3 unzulässig. Zudem sollten die PDF-Dateien keinen zusätzlichen Dokumentenschutz enthalten.

# Impressum

## Herausgeber

Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen

Tulpenfeld 4

53113 Bonn

## Bezugsquelle | Ansprechpartner

Beschlusskammer 9

Tulpenfeld 4

53113 Bonn

[poststelle.bk9@bnetza.de](mailto:poststelle.bk9@bnetza.de)

[www.bundesnetzagentur.de](http://www.bundesnetzagentur.de)

Tel. +49 228 14-0

## Stand




November 2022

## Text

Beschlusskammer 9



**[www.bundesnetzagentur.de](http://www.bundesnetzagentur.de)**

-  [twitter.com/BNetzA](https://twitter.com/BNetzA)
-  [twitter.com/Klaus\\_Mueller](https://twitter.com/Klaus_Mueller)
-  [youtube.com/BNetzA](https://youtube.com/BNetzA)